

# Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Gesendet wöchentlich am Samstag.  
Verlagspreis vierteljährlich 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Röntgenstraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800.

Leserabgabe für die sechsgehaltene Kolonelle:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

## Unser Verband in der 35. Kriegswoge.

Die Nachweise über die Mitgliederbewegung und die Arbeitslosigkeit für die 35. Kriegswoge — vom 28. März bis 3. April — sind von 116 Verwaltungen eingelaufen. Die Gesamtzahl der Verwaltungen ist jetzt 440 gegen 441 in den Wochen zuvor; eine Verwaltungsstelle ist eingegangen. Aus 24 Orten fehlen die nötigen Angaben, und zwar aus Bromberg, Lübben, Süß, Tilsit, Glogau, Werfa, Eisenberg, Gardelegen, Göttingen, Koburg, Zangermünde, Cuxhaven, Heide, Schleswig, Uetersen, Ebingen, Friedrichshafen, Böttch, Neustadt a. H., St. Georgen, Eingen, Ritzingen, Landshut a. L., Lindau. Bei Außerachtlassung dieser Verwaltungen zählte der Verband zu Beginn der Woche 306573 Mitglieder. Abgegangen sind im Laufe der Woche 4239, davon durch Abreise, Austritt, Tod u. s. w. 1687, zum Militär 2552. Am Schlusse der Woche waren danach 302334 Mitglieder vorhanden. Davon waren als arbeitslos gemeldet 4991 oder 1,6 vom Hundert. Gegen die Vorwoche hat sich die Gesamtzahl der Arbeitslosen um 209 verringert, im Verhältnis zur Mitgliederzahl trat ein Rückgang von 0,1 Prozent ein.

Die Unterstützungssumme für die unterstützungsberechtigten Arbeiter belief sich auf 17525 M. In der Vorwoche wurden 17911 M. ausbezahlt. Nachstehende Tabelle gibt Aufschluß über die Mitgliederbewegung in den Bezirken:

Übersicht über die Zeit vom 28. März bis 2. April 1915.

Bezirk	Bevölkerung	Mitglieder zu Anfang der Woche	Mitglieder am Ende der Woche	Davon zum Militär	Mitglieder am Schlusse der Woche	Davon arbeitslos	In Prozent	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung
1. Bezirk	31	7289	100	83	7189	59	0,8	461
2. "	23	6554	110	77	6444	73	1,1	688
3. "	33	9421	131	74	9290	165	1,7	793
4. "	54	46869	967	686	45902	591	1,3	2580
5. "	77	36313	477	281	35836	236	0,6	992
6. "	40	40553	421	137	40132	200	0,5	1287
7. "	39	31950	644	386	31296	94	0,3	678
8. "	28	14165	325	199	13840	96	0,7	308
9. "	47	23910	434	165	23676	178	7,7	3901
10. "	43	25676	284	218	25362	924	3,6	3048
11. "	1	64473	346	346	64127	795	1,2	2784
<b>Zuf.</b>	<b>416</b>	<b>306573</b>	<b>4239</b>	<b>2552</b>	<b>302334</b>	<b>4991</b>	<b>1,6</b>	<b>17525</b>

\* Einschließlich der im Laufe der Woche Zugeworbenen und Neuaufgenommenen.

In zwei Bezirken ist eine kleine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen; im vierten, siebenten, achten und neunten Bezirk trat eine Veränderung in der Verhältniszahl der Arbeitslosigkeit ein, der erste, fünfte, sechste, zehnte und elfte Bezirk weisen eine kleine Abnahme der Arbeitslosigkeit auf.

Nachstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Verichtswochen	Bevölkerung	Mitglieder zu Anfang der Woche	Mitglieder am Ende der Woche	Davon zum Militär	Mitglieder am Schlusse der Woche	Davon arbeitslos	In Prozent	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung
1. August 1914	—	—	—	—	538814	13132	2,5	—
1. 4. 20. 2. 8. 29. 8.	422	30	143343	377766	73895	19,5	123091	—
5. 8. 30. 8. 26. 9.	384	68	15391	351804	50131	14,3	162509	—
9. 13. 27. 9. 31. 10.	433	18	13468	348271	27727	7,9	119869	—
14. 17. 1. 11. 28. 11.	433	13	9350	338472	16793	4,9	145173	—
18. 22. 29. 11. 2. 1. 12.	415	30	11091	323565	12753	3,9	295060	—
23. 26. 3. 1. 30. 1. 12.	422	20	7117	316822	8318	2,6	153122	—
27. 30. 31. 1. 27. 2. 12.	429	14	7818	312268	6581	2,1	163508	—
31. 2. 28. 2. 6. 3. 12.	425	18	2016	310254	6244	2,0	19121	—
32. 3. 7. 3. 13. 3. 12.	422	19	2117	308892	5917	1,9	20319	—
33. 14. 3. 20. 3. 15.	423	18	2625	306269	5670	1,7	17219	—
34. 21. 3. 27. 3. 15.	416	25	2255	303496	5200	1,7	17911	—
35. 28. 3. 3. 1. 15.	416	24	2551	302334	4991	1,6	17525	—

Die Zahl der bis zum 3. April zum Militär eingezogenen Mitglieder beläuft sich auf 219142. Das sind 41,5 Prozent der Mitglieder vom 1. August 1914. Ein Teil der Eingezogenen ist wieder vom Militär zurückgekommen; nach den darüber angefertigten Ermittlungen etwa 1,8 Prozent der Mitglieder, so daß noch rund 40 Prozent unter den Fahnen sind.

## Arbeiterchulgesetzgebung des Auslands im Jahre 1914.

Die Arbeiterchulgesetzgebung war im letzten Jahre nicht sehr umfangreich, da die regelmäßige Arbeit der Parlamente so gut wie überall durch den Krieg abgebrochen wurde.

In Oesterreich wurde durch Verordnung vom 7. April die Unfallversicherungspflicht auf alle der Aufsicht der Bergbehörden unterstehenden Bergwerke und die dazugehörigen Anlagen einschließlich der Wohnbetriebe auf vorbeschaltene Mineralien, auf die Betriebe zur Gewinnung von Bergwachs (Ozokerit, Erdwachs) und Asphalt ausgedehnt. Die Unfallversicherung der Bergarbeiter hat bei einer Beförderung, der staatlichen Aufsicht unterstellten Anstalt, der Unfallversicherungsanstalt der Bergarbeiter, ausschließlich auf Kosten der Unternehmer zu erfolgen. — Die Novelle zum Personalsteuergesetz vom 23. Januar 1914 enthält gewisse sozialpolitische Bestimmungen. — Am 14. April erging ein Erlass über den Schutz der Arbeiter in Spinnereien und Papierfabriken gegen Pockeninfektionen. — Eine Verordnung vom 26. Mai verfügte die Errichtung einer besonderen Gewerbeaufsichtsbehörde für den Bau von Wasserstraßen. — Mit Verordnung vom 25. Juli wurden die Vorschriften über die Pensionsversicherung der Privatangestellten abgeändert. — Die Sonntagsruhe im Gewerbebetrieb betreffend Verordnungen der Landesregierungen von Krain, Salzburg, Tirol und

Bukowina. — Eine Reihe anderer Verordnungen betreffen zeitweilige sozialpolitische Maßregeln für die Dauer des Krieges.

In der Schweiz ist nach mehrjährigen Beratungen am 18. Juni 1914 ein neues Fabrikgesetz zustande gekommen, das im Vergleich mit dem alten mehrere Verbesserungen enthält. Die Unternehmern schon früher auferlegte Fürsorge für gesundheitliche Arbeitsbedingungen wurde dahin festgestellt, daß die Unternehmer alle möglichen Vorkehrungen zu treffen haben, um Krankheiten, einschließlich der Berufskrankheiten, sowie Unfälle zu verhüten. Die Entwürfe von Arbeitsordnungen sind in den Betriebsräumen anzuschlagen, worauf sich die Arbeiter innerhalb von zwei bis vier Wochen darüber zu äußern haben. Vor der Genehmigung ist auch das Gutachten des Gewerbeinspektors einzuholen. Die Genehmigung kann nicht nur dann verweigert werden, wenn die Fabrikordnung vorschriftswidrig ist, sondern auch, wenn sie unbillig ist. Eine der wichtigsten Neuerungen des Gesetzes besteht darin, daß es an die Stelle des elftündigen den zehnstündigen Maximalarbeitsstag setzt. An Tagen vor Sonn- und Feiertagen darf die Arbeitsdauer nicht länger als neun Stunden währen und sie muß spätestens um 5 Uhr nachmittags beendet sein. Während einer siebenjährigen Uebergangszeit darf an fünf Tagen der Woche je 10 1/2 Stunden lang gearbeitet werden, wenn die Arbeitsdauer an Samstag nicht 6 1/2 Stunden übersteigt. Der Arbeitsbeginn darf zwischen dem 1. Mai und 15. September nicht vor 5 Uhr, sonst nicht vor 6 Uhr früh sein; der Arbeitschluß darf nicht nach 8 Uhr abends erfolgen. Bei nachgewiesenem Bedürfnis kann der Bundesrat ausnahmsweise eine Verschönerung von Beginn und Ende der Arbeitszeit bewilligen; ebenso kann der zweischichtige Tagesbetrieb genehmigt werden. Die Bewilligung dauernder Nacht- oder Sonntagsarbeit ist von dem Nachweis ihrer Unentbehrlichkeit abhängig; solche Arbeit darf gewöhnlich nicht mehr als acht (früher elf) Stunden dauern, auf zehn Stunden ausgedehnt werden. Sonntags oder nachts und Sonntags beschäftigte Arbeiter müssen künftig nicht nur (wie bisher) jeden zweiten Sonntag, sondern außerdem noch einen Wochentag vor oder nach dem Arbeitssonntag frei haben, so daß sich eine Gesamtzahl von 52 freien Tagen im Jahre ergibt. Nacht- und Sonntagsarbeit weiblicher Personen bleibt verboten.

In Italien wurde mit Verordnung vom 18. Januar 1914 das Verbot der Verwendung von weiblichen Personen unter 21 Jahren und von Knaben unter 15 Jahren beim Glasbleiben und -Polieren dahin abgeändert, daß bei diesen Verrichtungen die Beschäftigung der genannten Personen gestattet ist, wenn die Ausbreitung des Staubes vollkommen verhütet wird und wenn die Hände durch Handschuhe oder Lächer gegen Verwundung beim Zerbrechen des Arbeitsstoffes geschützt sind.

In Dänemark wurde am 5. Januar 1914 ein neues Gesetz über die Vermittlung bei Arbeitslosigkeit erlassen, das sich mit dem früheren Gesetz darüber im wesentlichen deckt.

In Belgien betrifft ein Erlass vom 15. Januar die Regelung der Arbeit in Caïssons (Senkstätten) mit gepreßter Luft; er enthält Vorschriften über Anlage und Ausstattung der Arbeitsstätten, über Eintragschilde, Schuttsen, Pumpen, Ventile, Rohre, Säbne etc., die im Fall einer Beschädigung für Personen gefährlich werden können, über das Pressen der Luft und die Verminderung des Luftdruckes, die Ueberprüfung der Anlage und sonstige Vorsichtsmaßregeln.

In Finnland wurden mit Verordnung vom 4. April neue Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter gegen Betriebsgefahren erlassen, die an die Stelle der früheren Vorschriften aus dem Jahre 1889 traten.

In Frankreich wurde am 25. Februar 1914 ein Gesetz über die Altersversicherung der Bergarbeiter erlassen, mit dem ein Gesetz vom Jahre 1894 ersetzt wird. Mit Gesetz vom 10. Juli 1914 wurden Kredite zur Verringerung der Arbeitszeit in industriellen Betrieben und Anstalten des Finanz- und des Kriegsministeriums bewilligt. Die Arbeitszeit hat an fünf Wochentagen neun und am Vortag des wöchentlichen Ruhetages vier Stunden zu dauern. — Eine Verordnung vom 21. März verbietet die Verwendung von weiblichen Personen und von männlichen Personen unter 18 Jahren zum Schmelzen, Reinigen oder Ausbessern in Gang befindlicher Maschinen und Apparate, ferner in Räumen, in welchen ungeschützte Maschinen oder Apparate sich befinden sowie zum Bedienen von Apparaten mit Fußbetrieb und zum horizontalen Drehen von Rädern. Zu gewissen anderen Verrichtungen dürfen die geschützten Klassen von Personen nur bedingt verwendet werden.

In Großbritannien und Irland wurde eine Novelle zum Gesetz über die Arbeitslosenversicherung erlassen, die nur verhältnismäßig unbedeutende Veränderungen brachte, jedoch hauptsächlich bezweckte, gewisse Schwierigkeiten der Verwaltung zu beheben. — Auch eine Novelle zum Gesetz über den Betrieb von Kohlenbergwerken kam zustande. — Verordnungen über die Sicherheit der beim Bau und der Wiederherstellung von Schiffen beschäftigten Personen, die Errichtung von Wohnhäusern für gewisse Berufs- und Gebiete usw. wurden erlassen.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika tagten im Jahre 1914 außer dem Bundesparlament die gesetzgebenden Körperschaften von nur 13 Einzelstaaten und einem Territorium (Alaska). Vom Bundesparlament wurde ein neues Gesetz über Koalitionen erlassen; es nimmt Arbeiter- und Landwirtschaftsorganisationen von der Wirksamkeit der Antitrustgesetze aus, abbedies regelt es die Ausgabe von gerichtlichen Einhaltsbefehlen bei Arbeitsstreitigkeiten, das Streikpostensystem usw. — Gesetze über Kinderarbeit wurden in allen Staaten erlassen. — Frauenarbeit: Im Staate Massachusetts wurde eine Novelle zu dem Gesetz über Mindestlohn für Arbeiterinnen erlassen. In Mississippi wurde die täglich 10stündige und wöchentlich 60stündige Maximalarbeitszeit für weibliche Personen eingeführt, in Virginia wurde der Geltungsbereich des Gesetzes über den zehnstündigen Maximalarbeitszeit der Arbeiterinnen ausgedehnt. In New York wurde der Neuntages

und die 54-Stundenwoche auf alle weiblichen Personen in Handelsbetrieben ausgedehnt und zugleich ihre Arbeitswoche auf sechs Tage eingeschränkt. Das Bundesparlament hat für den Bundesbezirk Columbia (die Stadt Washington) ein Gesetz erlassen, das für alle weiblichen Personen den Achtstundentag und die 48-Stundenwoche bedeutet, deren Nachtarbeit zwischen 7 Uhr abends und 6 Uhr früh verbietet und die Ernennung von drei Aufsichtspersonen zur Durchführung dieser Bestimmungen vorsieht. — Arbeitszeit: Im Territorium Alaska wurde der Achtstundentag für öffentliche Arbeiten eingeführt. In fünf Staaten und im Territorium Alaska kamen Gesetze zustande über die Arbeitszeit in gewissen gefährlichen Betriebsarten, hauptsächlich im Eisenbahnverkehr und in Bergwerken. — In einigen Staaten wurden Maßregeln zu mehr wirksamer Durchführung des Arbeiterschutzes durch Gewerbeinspektoren und andere behördliche Organe ergriffen. — Unfälle und Gewerbekrankheiten: Die Anzeigepflicht von Unfällen wurde in drei Staaten gefordert. In New Jersey wurden gesetzliche Bestimmungen erlassen über die Verhütung von Feuerentzündungen in Heimwerken und keramischen Betrieben und über die Verhütung von Luftdruckkrankheiten. In vier Staaten wurde der Schutz gegen Feuergefahr verbessert, in drei Staaten und im Territorium Alaska wurde der Betrieb von Konfektionsfabriken und von Heimwerkstätten. In mehreren Staaten wurden die Gesetze über Sicherheitsmaßregeln im Betrieb von Eisenbahnen verbessert. — Neue Arbeiterunfallentschädigungsgesetze wurden in den Staaten New York, Kentucky, Louisiana und Maryland erlassen. Derartige Gesetze bestehen nun in 24 von den 48 Staaten der Union. In den Staaten Massachusetts und New Jersey wurde die Unfallentschädigung erhöht. — In den Staaten New York, Maryland und Louisiana wurden Gesetze zur Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise erlassen. Im Staate Washington wurden die privaten Arbeitsvermittlungen abgeschafft, denn ein Gesetz vom letzten Jahre verbietet Annahme und Leistung von Bezahlung für jede Art von Stellen- oder Arbeitsvermittlung. — Neue Gesetze von Massachusetts und Louisiana bezwecken die Sicherung des Organisationsrechtes der Arbeiter.

## Gewinne und Dividenden.

Anfangs März ist durch eine Bundesratsverordnung ein allgemeines Verbot der Mitteilungen über Preise von Wertpapieren ergangen, und zwar ist jede Kursberichterstattung untersagt, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt ist. Wohl hatten bei Ausbruch des Krieges die Wertpapierbörsen die Kursnotierungen und damit den offiziellen Handel eingestellt, doch schon nach den ersten Erfolgen unserer Heere entwickelte sich an den Börsen ein privater Verkehr, der schnell auszuwachsen schien. Eine Wiederaufnahme des offiziellen Börsenverkehrs, der von der Spekulation mehrfach gefordert wurde, verbietet sich gegenwärtig aus guten Gründen, ebenso bedenklich ist ein privater Verkehr größeren Umfangs, der außerhalb jeder Kontrolle steht. Im spekulativen Ausmaß unter diesen Umständen entgegenzutreten, erging das Verbot der Verbreitung von Kursen, das den Zweck verfolgt, Kursstrebereien zu verhüten und die Ausbreitung der Börsenspekulation einzudämmen. Aber auch unter diesen Verhältnissen sind in dem privaten Handel die Aktien zahlreicher Gesellschaften im Kurse sehr bedeutend heraufgedrückt worden, namentlich handelt es sich dabei um Aktien von Betrieben, die stark an Kriegserfolge beteiligt sind. Nach der Veröffentlichung der Abschlüsse mancher derartigen Gesellschaften, die große Gewinnsteigerungen auswiesen, konnte man in der Handelspresse von Enttäuschungen der Spekulation lesen. Entstanden ist die Enttäuschung dadurch, daß jene Gesellschaften ihre Dividenden der erhöhten Gewinne nicht oder nicht in dem von der Spekulation erwarteten Maße anpakt. In dieser Art verfuhr auch die Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart. Unter dem Einfluß des Vortages von 447 281 M. gegen 502 947 M. im Vorjahre beträgt ihr Reingewinn 4 604 471 M. gegen 3 214 168 M. im Vorjahre. Neben 341 393 M. an ordentlichen Abschreibungen gegen 538 109 M. im Vorjahre sollen 1 070 826 M. gegen 934 183 M. im Vorjahre zu außerordentlichen Abschreibungen verwendet werden, außerdem aber sollen einer Kriegszulage 1 Million Mark und dem Reservefonds wie im Vorjahre 500 000 M. überwiesen werden. Die Dividende erhöht eine Erhöhung von 14 auf 16 Prozent, nachdem der Dividendensatz von 10 Prozent 1912 auf 12 Prozent und 1913 auf 14 Prozent erhöht worden war. Den erzielten Mehrertrag verwendet die Gesellschaft zum größten Teil also wieder zur Erhöhung von Rückstellungen, ein Verfahren, das volkswirtschaftlich gerade in der gegenwärtigen Zeit angebracht ist als die Verteilung hoher Dividenden in Rücksicht auf spekulative Wünsche. Bedingung muß jedoch dabei unter allen Umständen bleiben, daß die wirklich erzielten Gewinne ausgewiesen und nicht verschleiert werden. Uebrigens soll auch in den Kreisen der Verwaltung der Daimlergesellschaft die Meinung zur Zahlung einer Dividende bis zu 20 Prozent bestanden haben, aber die Rücksicht entschied sich für die weitere Gewinnanhäufung, wie sie bei der Gesellschaft schon seit Jahren betrieben wird. Das Bankguthaben der Gesellschaft, das Ende 1913 230 Millionen Mark betrug, soll der Finanzzeitung zufolge von 10 Millionen Mark nicht mehr weit entfernt sein, ganz selbstverständlich ist bei den Bilanzierungsempfehlungen der Daimlergesellschaft, daß die Betriebsabstände niedrig eingesezt, ferner Buchwerte für Maschinen, Patente usw. kaum noch vorhanden sind.

Biel fälscht noch ist der Gegensatz zwischen Gewinnsteigerung und Dividendenverteilung bei der Aktiengesellschaft Gustav Gschow & Co., Waffen- und Munitionsfabrik in Berlin. Für das Kriegsjahr 1914 wird eine Dividende in Höhe des Vorjahres von 12 Prozent gezahlt, der Rohgewinn wird mit 1 229 Millionen Mark gegen 1 110 Millionen Mark im Vorjahre ausgewiesen. Nach Abschreibungen von 351 145 M. gegen 296 189 M. im Vorjahre stellt sich der Reingewinn auf 416 209 M. gegen 370 329 M. im Vorjahre, als Kriegszulage wird ein Betrag von 63 750 M. ver-





10. *Journal of the American Medical Association*, 273:1225-1226, 1995